

# Stadtvertretung Lübtheen

Wahlperiode 2014 bis 2019

12. Sitzung  
Stadtvertretung

31.01.2017 – 01/2017

---

## Protokoll der Sitzung der Stadtvertretung vom 31. Januar 2017

---

Stadt Lübtheen  
Salzstraße 17  
19249 Lübtheen

---

---

<u>Beratungsort:</u>	Amtssaal des Bürgerhauses „Dat olle Amtsgericht“	
<u>Beratungszeit:</u>	19:00 Uhr bis Uhr 20:30 Uhr	
<u>Teilnehmer:</u>	Herr Banz, Reno	SPD
	Frau Grawe, Silvia	SPD
	Herr Greve, Michael	CDU
	Frau Gerlitz, Marlind	CDU
	Herr Hippmann, Heinz	SPD
	Frau Köpke, Annelie	SPD
	Frau Lehmann, Elke	CDU
	Herr Matz, Friedhelm	FDP
	Herr Metelmann, Rüdiger	FDP
	Herr Müller, Gert	Einzelbewerber
	Frau Pastörs, Marianne	NPD
	Herr Pietz, Thomas	SPD
	Herr Sahs, Jürgen	CDU
	Herr Steuer, Roland	CDU
	Herr Theißen, Andreas	NPD
	Frau Völkel, Marga	SPD
<u>Entschuldigt:</u>	Frau Marx, Dorina	SPD
<u>Verwaltung:</u>	Frau Lindenau, Ute	Bürgermeisterin
	Herr Skobel, Bernd	1. Stadtrat
	Herr Netzband, Torsten	2. Stadtrat
	Herr Wein, Frank	Bauamtsleiter

## **Tagesordnung:**

### Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
2. Genehmigung der Änderungen zur Tagesordnung
3. Bestätigung des Protokolls der Beratung vom 13.12.2016
4. Einwohnerfragestunde
5. Aufstellungsbeschluss zum Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 17 „Neubau Kindertagesstätte Rudolf-Breitscheid-Straße“ – Sitzungsvorlage SV-01/2017
6. Anfragen und Mitteilungen

### Nichtöffentliche Sitzung:

17. Anfragen und Mitteilungen

## TOP 1 Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

---

Herr Pietz eröffnet die 12. Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Zur Sitzung sind 16 Stadtvertreter anwesend. Eine Entschuldigung zur Abwesenheit liegt von Frau Marx vor.

## TOP 2 : Genehmigung der Ergänzung zur Tagesordnung

---

Zur zugestellten Tagesordnung gibt es nachfolgende Änderungen:

- neuer TOP 3: Verpflichtung eines Stadtvertreters
- neuer TOP 6: Änderung der Besetzung des Ordnungsausschusses und der Ortsteilvertretung Garlitz – Antrag der CDU

Die Reihenfolge der Beratungspunkte ändert sich dementsprechend. Die Stadtvertreter stimmen den Änderungen **einstimmig** zu.

## TOP 3: Verpflichtung eines Stadtvertreters

---

Aufgrund der Mandatsniederlegung von Oliver Kretschmann wurde als nachrückendes Mitglied in der Stadtvertretung Frau Elke Lehmann festgestellt. Da Frau Lehmann innerhalb der Wochenfrist dieser Feststellung nicht widersprochen oder abgelehnt hat, wurde sie mit Schreiben vom 22.12.2016 als neues Mitglied der Stadtvertretung berufen.

Herr Pietz verpflichtet Frau Lehmann gemäß § 28 (2) durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten und begrüßt sie mit einem Blumenstrauß als neues Mitglied der Stadtvertretung.

## TOP 4: Bestätigung des Protokolls der Beratung vom 13.12.2016

---

Zum zugestellten Protokoll der Beratung vom 13.12.2016 liegt ein schriftlicher Antrag zur Ergänzung im TOP 10 von Herrn Sahs vor. Dieser Antrag wurde allen Stadtvertretern und der Verwaltung per E-Mail durch Herrn Sahs zugestellt. Dieser verliest ihn öffentlich.

Weiterhin gibt es den Hinweis von Herrn Metelmann, dass das Abstimmungsergebnis zum TOP 8 korrigiert werden muss, da er an der Abstimmung und Beratung hierzu nicht teilgenommen hat.

Das Protokoll vom 13.12.2016 wird einschließlich der vorgetragenen Ergänzung **einstimmig** bestätigt. Die Stadtvertreter erhalten eine neue Ausfertigung des Protokolls.

## TOP 5: Einwohnerfragestunde

---

Von den anwesenden Bürgern gibt es folgende Nachfragen:

- Stand der angezeigten Autowäschen an den Wochenenden im Ortsteil Probst Jesar:  
Hierzu gab es seitens der Verwaltung erste Gespräche mit einem Vertreter der Firma Alius. Durch die Verwaltung wird geprüft, ob ein ordnungsrechtliches Handeln durchsetzbar ist.
- Öffnungszeiten Badeanstalt:  
Durch die Verwaltung wird eine Öffnung der Badeanstalt ab 06/2017 angestrebt. Die Absicherung ist durch volljährige Rettungsschwimmer vorgesehen. Hierzu ist noch weiterer Klärungsbedarf notwendig, so dass voraussichtlich erst Ende des nächsten Monats weitere Aussagen erfolgen können.

## TOP 6: Änderung der Besetzung des Ordnungsausschusses sowie der Ortsteilvertretung Garlitz

---

Es liegt ein Antrag der CDU-Fraktion vom 26.01.2017 mit folgendem Inhalt vor:

1. Frau Elke Lehmann als Mitglied der Ortsteilvertretung Garlitz abuberufen
2. Herrn Oliver Kretschmann als neues Mitglied der Ortsteilvertretung Garlitz zu berufen und
3. die Stadtvertreterin Elke Lehmann für den ausgeschiedenen Stadtvertreter Oliver Kretschmann in den Ausschuss für Ordnung, Sicherheit, Umwelt- und Naturschutz zu berufen.

Dem Antrag wird **einstimmig** durch die Stadtvertretung zugestimmt.

## TOP 7: Aufstellungsbeschluss zum Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 17 „Neubau Kindertagesstätte Rudolf-Breitscheid-Straße“ – Sitzungsvorlage SV-01/2017

---

Herr Wein gibt kurze Erläuterungen:

In der letzten Sitzung der Stadtvertretung wurde bereits der Verkauf der Grundstücksfläche für das Vorhaben beschlossen. Damit im Weiteren Baurecht geschaffen wird, ist die Aufstellung des VE-Planes notwendig, der ein Plangebiet von ca. 5.400 m<sup>2</sup> umfasst und die verkehrliche Erschließung an die Rudolf-Breitscheid-Straße mit einschließt.

In der anschließenden Diskussion wird von der NPD-Fraktion zur weiteren Nutzung des derzeitigen Kita-Gebäudes angefragt und auf die Zweckbindung für die eingesetzten Investitionsmittel hingewiesen. Weiterhin wird die Ansicht vertreten, dass der Standort für die Errichtung der neuen Kindereinrichtung sehr attraktiv sei und unter Umständen andere Träger hätten mit einbezogen werden müssen.

Herr Greve verweist hierzu auf die Beratungen im Hauptausschuss. Die Entscheidung hierzu sei nicht spontan entstanden. Aufgrund des weiteren anstehenden Sanierungsbedarfes des Gebäudes der Kindereinrichtung kamen die Hauptausschussmitglieder in den Beratungen überein, dass es keinen Sinn mehr ergeben würde, in das alte Gebäude zu investieren und über eine anderweitige Nutzung des Gebäudes nachzudenken.

Von Frau Lindenau wird erklärt, dass der AWO als Betreiber der Kindereinrichtung eine Option zum Erwerb des Gebäudes zugestanden hat, allerdings nach einer Kostenschätzung des Investitionsbedarfs der Erwerb als nicht sinnvoll angesehen wurde. Die Vertragspartner haben darauf hin gemeinsam festgestellt, diese Summe für einen Neubau vorzusehen. Im Ergebnis wurde von der AWO dann der Antrag zum Erwerb eines Baugrundstückes gestellt.

Von Herrn Steuer wird bekräftigt, dass die Thematik Gegenstand der Diskussionen war. Für den Neubau sei ein hervorragender Standort gefunden worden und in der Sache sei man auf dem richtigen Weg. Die ebenfalls in der Diskussion angesprochene Entscheidung der Übergabe der Kindereinrichtungen an freie Träger hat sich zum damaligen Zeitpunkt die Stadtvertretung nicht leicht gemacht und ist allumfassend geprüft worden.



*Das ist nicht gerecht, das ist absurd. In wie weit Konsumenten bevorzugt oder benachteiligt werden, ist gar nicht von der Anzahl der Wohneinheiten abhängig. Da in den Wohneinheiten unterschiedlich viele Personen wohnen können bzw. einzelnen Wohnungen gar nicht belegt sein müssen. Der Hauseigentümer ist in jedem Fall, sowohl bei einem Einfamilienhaus als auch bei einem Mehrfamilienhaus Kunde des Verbandes. Er erhält **eine** Rechnung und hat **einen** Hausanschluss. Wenn in einem Haus/Wohneinheit eine Person wohnt oder 6 Personen, dann hat dies ja richtigerweise auch keinen Einfluss auf die Grundgebühr. Vor diesem Hintergrund kann ich die aktuelle Gebührenordnung nicht verstehen, da sie überwiegend kleine Haushalte in Mehrfamilienhäusern bzw. ausschließlich deren Mieter zusätzlich belastet. Hier wohnen in der Regel nicht die einkommensstarken Bevölkerungsgruppen. Umso mehr wundert mich, dass diese einseitige Umverteilung durch die Verbandsversammlung mitgetragen wurde und dies mit einer gerechteren Verteilung der Kosten begründet wird. Ich möchte betonen, dass ich die inhaltlichen Veränderungen sehr wohl verstanden habe, die politische Entscheidung, die hier getroffen wurde, jedoch nicht. Ich empfinde es ungerecht und unsozial. Es findet dazu bereits eine breite öffentliche Diskussion statt, der wir uns stellen müssen.“*

Im Anschluss werden von verschiedenen Stadtvertretern ihre Standpunkte mit Pro- und Kontra-Argumenten ausgetauscht. Von Frau Lindenau wird auf die zugestellten Argumente des Verbandes verwiesen. Sie stellt u.a. fest, dass das Verbandsgebiet vom Grundsatz her eine Solidargemeinschaft darstellt, wobei das Verteilungsnetz eine große Rolle spielt. Gerade für den Bereich Lübtheen ist dies von Bedeutung, da im Gegensatz zu den anderen Städten das Wasser aus größerer Entfernung (Wasserwerk Rodenwalde) nach Lübtheen geleitet wird. Die gebildete Arbeitsgruppe des Verbandes zur Gebührenumstellung hat über einen längeren Zeitraum die vorgeschlagene Variante erarbeitet und der Mitgliederversammlung zur Entscheidung vorgelegt und zugestimmt wurde. In diesem Zusammenhang macht sie deutlich, dass von einzelnen Fraktionen leider seit längerem keine Anwesenheit zu verzeichnen war. Jeder einzelne Bürger habe darüber hinaus die Möglichkeit, die Satzung durch eine entsprechende Klage vor Gericht überprüfen zu lassen.

- Von Herrn Steuer wird erneut angefragt und angemahnt, dass der Name des Anbieters für den Breitbandausbau zwingend erforderlich, damit diese die Möglichkeit haben, rechtzeitig die bestehenden Verträge zu kündigen. Der Verwaltung liegen hierzu noch keine Aussagen vor.
- Der Annahme nachfolgend aufgeführte Spenden wird durch die Stadtvertreter **einstimmig** zugestimmt:

Reinhard Schmidt für Museum „altes Küsterhaus“	150,-- €
Jehring Genuss vom Lande für Weihnachtsmarkt	200,-- €

Nach diesem Tagesordnungspunkt wird die öffentliche Sitzung geschlossen und nach einer kurzen Pause nichtöffentlich fortgesetzt.

Pietz  
Bürgervorsteher

Führer  
Protokollantin